

Wir bleiben – voller Kraft zur Veränderung!

Seit dem 7. Februar 2016 leben wir in der Matthäuskirche. Wir sind eine Gruppe von Menschen, welche von der schweizerischen Migrationspolitik betroffen sind. Einige von uns sind betroffen, weil wir dem unmenschlichen Umgang mit Migration in diesem Land nicht länger zusehen können. Andere von uns sind betroffen, weil wir in richtige und falsche Migrant*innen eingeteilt werden und von Diskriminierung, Haft und Ausschaffung bedroht sind.

Individuelle Ausschaffungen und politischer Protest

Einige haben Dublin-Entscheide nach Italien und können jederzeit festgenommen und ausgeschafft werden. In Italien droht uns Inhaftierung, Obdachlosigkeit und Gewalt. Ausschaffungen können wir – ob direkt oder weniger direkt betroffen – nicht zulassen. Mit dem Schutz der Kirche erhalten wir ein wenig Ruhe in der stetigen Bedrohung, die die Migrationspolitik darstellt – und eine Perspektive. Wir nutzen eine Möglichkeit, die die sechs-monatige Überstellungsfrist der Dublin-Verordnung bietet. Kann die Schweiz eine Person nicht innerhalb dieser Frist in das europäische Erstaufnahmeland zurück schicken, muss sie selbst auf das Asylgesuch eintreten. Wichtig dabei ist, dass der Aufenthaltsort den Behörden offen kommuniziert wird – was in der Kirche der Fall ist. Somit sind wir auch nicht untergetaucht oder versteckt, sondern kämpfen offen für unsere Anliegen.

Diejenigen unter uns, die von einer Ausschaffung bedroht sind, haben sich nicht selbst in diese Lage gebracht – wir werden von der restriktiven Migrationspolitik illegalisiert. Als Menschen mit eigenen Biografien und Schicksalen machen wir die Willkür der Migrationspolitik greifbar. Doch alleine können wir keine Veränderung der politischen Regelungen bewirken. Diese ist aber notwendig, um uns individuell weiter zu bringen. Deswegen ist es unerlässlich, den Schutz in der Kirche und das Unterlaufen des Dublin-Regimes mit einem öffentlichen Protest zu verbinden. Wir haben in der Matthäuskirche einen Raum geschaffen, von dem aus neue Formen einer anderen Migrationspolitik diskutiert und gefordert werden können. Im Kleinen kann in einem solchen Raum auch direkte Solidarität und ein anderer Umgang mit Migration gelebt werden. Damit erhält der politische Protest eine praktische und eine positive Formulierung.

Kirchlicher Schutz und notwendige Alternativen

Damit der individuelle Schutz, der öffentliche Protest und der soziale Raum Bestand haben können, sind wir auf das Verbleiben in der Kirche angewiesen. Am 25. Februar hat sich eine Delegation mit dem Kirchenrat getroffen. Dieser liess sich nicht auf eine inhaltliche Diskussion ein, sondern hielt die bestehende Drohung einer polizeilichen Räumung aufrecht. Weitere Gespräche lehnte er vorerst ab. Er sieht keinen Anlass dazu, uns vor einer Ausschaffung zu schützen und die Migrationspolitik und ihre Durchsetzung in Frage zu stellen.

Wir kennen diese Position; der Kirchenrat ist nicht der Einzige, der sie vertritt. Angesichts der unzähligen Toten, Inhaftierten, Illegalisierten und Ausgeschafften, welche die europäische Migrationspolitik zu verantworten hat, und mit Blick auf die alltägliche und verbreitete Fremdenfeindlichkeit schockiert sie uns trotzdem jedes Mal aufs Neue. Der Umgang mit Migration, wie wir ihn derzeit erleben müssen, widerspricht all unseren Vorstellungen von Solidarität, Gleichheit und Freiheit. Wir sind überzeugt, dass das Resignieren gegenüber solch menschenverachtenden Positionen kein gangbarer Weg ist. Wir müssen zusammen finden, die Kategorisierung von Menschen überwinden, Alternativen denken und leben sowie die Migrationspolitik langfristig verändern.

Kritik der Kategorisierung und Bewegung mit Perspektiven

Wesentlich für einen neuen Umgang mit Migration ist die Erkenntnis, dass der derzeitige auf der Einteilung von Menschen in Kategorien mit verschiedenen Rechten beruht. Die einen haben das Recht zu bestimmen, wer da sein darf, wo sie selbst zufälligerweise geboren sind. Die anderen werden in richtige und falsche, in schützenswerte und ausschaffbare, in verwertbare und unbrauchbare Migrantinnen eingeteilt. Eine solche Kategorisierung ist möglich, da der Selbstbestimmung der Einzelnen kein Wert beigemessen wird. Diese massgeblichen Grundlagen müssen wir hinterfragen, kritisieren und neu formulieren. Und diese Kritik und Neuformulierung müssen wir in unserem Alltag und unseren Handlungen selbst leben.

Mit diesem Bewusstsein wird deutlich, dass der Umgang mit Migration grundlegend verändert werden muss. Die Initiative dazu muss aus der Gesellschaft kommen, da die institutionelle Politik Lösungen nur innerhalb der von uns kritisierten Grundlagen aushandelt. Wir fordern eine Bewegung, die Basel zu einer Stadt macht, in welcher alle Bewohner*innen dieselben Rechte und Freiheiten haben. Alle sollen denselben Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnraum und medizinischer Versorgung haben – unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus. Der öffentliche Raum und Institutionen müssen für alle ohne Angst vor Kontrolle, Haft oder Ausschaffung zugänglich sein. Dazu brauchen wir die Unterstützung und Beteiligung von allen, die diese Ziele teilen. Wir müssen gemeinsam diese Bewegung sein!

Raum für Veränderung und Solidarität im Praktischen

Wir haben uns in den vergangenen Wochen in der Matthäuskirche eingerichtet und viel Zeit in ihr verbracht. Wir haben zusammen gekocht, diskutiert, gelacht, geweint, Sorgen geteilt und Perspektiven entwickelt. Viele Menschen haben uns besucht, an Veranstaltungen teilgenommen und wurden Teil des Projekts. Die Begegnungen, die im geschaffenen Raum möglich wurden, haben viele zum Denken und Mitmachen angeregt. Unser Anspruch ist es, die Grundlagen der derzeitigen Migrationspolitik in Frage zu stellen und einen anderen Umgang mit Migration selbst zu leben. Dies lässt sich nicht von heute auf morgen umsetzen. Die ersten Wochen in der Kirche haben aber gezeigt, dass es wichtig und richtig ist, heute damit anzufangen.

Wir sind nicht in der Kirche, weil wir in der Kirche sein wollen. Wir sind da, weil sie uns den notwendigen Schutz vor gewaltsamen Ausschaffungen bietet. Dieser Schutz ist seit dem Treffen mit dem Kirchenrat mehr denn je in Gefahr. Das Projekt war von Anfang an auf Offenheit und Teilnahme ausgelegt – etwas das seine Zeit braucht. Nun brauchen wir auch dringend Unterstützung und Solidarität.

Es gibt verschiedene Möglichkeiten, sich mit *Wir bleiben* zu solidarisieren:

- Besucht Veranstaltungen, bringt Euch ein und werdet Teil des Projekts!
- Zeigt Solidarität, indem ihr unser Anliegen sichtbar macht: legt Flyer aus, verbreitet unsere Web- und Facebook-Seiten, hängt Poster und Fahnen auf etc. (Material könnt Ihr in der Matthäuskirche abholen)
- Informiert Euer Umfeld über das Projekt: nehmt Bekannte in die Matthäuskirche mit, führt Gespräche, leitet Mails weiter, teilt unsere Facebook-Seite und -Beiträge, verteilt Flyer etc.
- Unterschreibt unsere Petition, von Hand oder auf unserer Website
- Und kommt einfach mal vorbei!

Bis bald. Wir bleiben.